

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU**Risiken von Ausbeutung, Betrug und gefälschten Sprachzertifikaten bei der Anwerbung ausländischer Auszubildender – Lehren aus bundesweiten Fällen**

Nach Medienberichten – aktuell aus Berlin – wurden zahlreiche vietnamesische Auszubildende von Berufsschulen als spurlos verschwunden gemeldet. Gewerkschaften und Migrationsfachleute sprechen von Fällen moderner Ausbeutung und möglicher Menschenhandelsstrukturen. Private Vermittlungsagenturen sollen junge Menschen aus dem Ausland durch überhöhte Gebühren, gefälschte Sprachzertifikate und undurchsichtige Vertragsbedingungen in Abhängigkeiten bringen.

Auch aus anderen Bundesländern werden ähnliche Entwicklungen berichtet. Bewerberinnen und Bewerber müssen oftmals bereits vor ihrer Einreise nach Deutschland Sprachzertifikate vorlegen, die aber offenbar nicht immer echt sind. Wie auch in einer aktuellen Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundesfraktion betont wurde, besteht zunehmend der Verdacht, dass falsche Sprachzertifikate nicht nur bei Ausbildungsverhältnissen, sondern auch im Zusammenhang mit Einbürgerungsverfahren genutzt werden, um die geforderten Sprachkenntnisse und damit Integrationsfortschritte vorzutäuschen.

Angesichts des Fachkräftemangels und der steigenden Zahl international angeworbener Auszubildender ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang Bremen von ähnlichen Entwicklungen betroffen sein könnte. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Arbeitsmarkt- oder Einwanderungspolitik, sondern auch um soziale und integrationspolitische Folgewirkungen: drohende Ausbeutung, Wohnungslosigkeit oder Abhängigkeiten, die schließlich das Sozialsystem belasten könnten.

Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang sind ausländische Auszubildende aktuell in Bremen tätig und über welche Programme, Träger oder Vermittlungsstrukturen gelangen sie nach Deutschland und damit auch nach Bremen? (Bitte die am häufigsten angestrebten Ausbildungs-

gänge und die fünf Herkunftsländer mit den meisten Auszubildenden benennen.)

2. Welche Kenntnisse liegen dem Senat über mögliche Fälle von Ausbeutung, Abhängigkeit oder Betrug im Zusammenhang mit der Anwerbung oder Beschäftigung ausländischer Auszubildender vor?
3. Hat sich der Senat oder haben sich behördliche Stellen bereits mit der Problematik befasst, und geht der Senat davon aus, dass es in Bremen zumindest eine Dunkelziffer geben könnte?
4. Werden an Bremer Berufsschulen oder Ausbildungsstätten auffällige Beobachtungen im Zusammenhang mit angeworbenen ausländischen Auszubildenden dokumentiert oder gemeldet?
5. Gibt es für diese Gruppe offizielle Ansprechpartner, die bei auftretenden Schwierigkeiten beraten und vermitteln könnten?
6. Wie erfolgt in Bremen für alle Bereiche die Überprüfung von Sprachzertifikaten, Aufenthaltsstatus und Vermittlungsverträgen, um Missbrauch und Täuschung vorzubeugen? (Bitte auch angeben, ob persönliche Vorsprachen oder Sprachtests vorgesehen sind und inwieweit der Senat von Fällen gefälschter Sprachzertifikate Kenntnis hat.)
7. Welche Rolle spielen private Vermittlungsagenturen bei der Gewinnung ausländischer Auszubildender, und wie wird deren Seriosität und Zulassung überprüft?
8. Welche sozialen und integrationspolitischen Folgen sieht der Senat im Falle ausbeuterischer, vorgetäuschter oder abgebrochener Ausbildungsverhältnisse – insbesondere hinsichtlich Abhängigkeiten, Arbeitsausbeutung, Wohnungslosigkeit oder Unterstützungsbedarf durch Sozialleistungen?
9. Welche Rückkehrmöglichkeiten gibt es bei Bedarf für vermutlich mittellose Betroffene?
10. Welche Schutz- und Präventionsmaßnahmen bestehen oder sind geplant, um betroffene junge Menschen zu unterstützen und sicherzustellen, dass auf allen Ebenen ausschließlich mit seriösen Vermittlungsstrukturen zusammengearbeitet wird?

Sigrid Grönert, Bettina Hornhues, Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU